

Der „Briefetel-Bote“ erscheint Diensttag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., zugunlich Belegblätter. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetel-Bote

Anzeigen werden in der „Briefetel-Bote“...
Briefenwerder, Bahnhof-Allee 5
und von allen Tages-Exemplaren abgenommen.
Die unangenehmste Zustellung kostet 25 Pfennig, die Restmenge 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder,
Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier,
Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetelbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 17. Postfachkonto: Berlin 62 448. Sonnabend, den 30. Januar 1926. Postfachkonto: Berlin 62 448. 25. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Polizeiverordnung

betreffend das Befahren der öffentlichen Wege mit aneinandergekoppelten Fuhrwerken.

Auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und § 62 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 wird mit Zustimmung des Amtsausschusses für den Amtsbezirk Birkenwerder folgende Polizeiverordnung erlassen:

- Das Befahren der öffentlichen Wege im Amtsbezirk Birkenwerder mit zwei oder mehreren aneinandergehängten beladenen Fuhrwerken ist nur gestattet, wenn der erste Wagen mit einer Bremse und der zweite mit einem Begleitmann versehen ist.
- Zumbehörden gegen diese Polizei-Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 160 Reichsmark oder mit entsprechender Haft gegen den Befahrer der Fuhrwerke geahndet, sofern nicht eine höhere Strafe bewirkt wird.
- Diese Polizei-Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Birkenwerder, den 8. Juli 1925.
Der Amtsvorsteher. F. B. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Sprechstunde

Abgesehen von besonderen Vereinbarungen ist es mir zu meinem Bedauern wirklich nicht möglich, nach 10 Uhr vormittags noch Besuche zu empfangen.
Birkenwerder, den 29. Januar 1926.
Der Gemeindevorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Einladung zur Gemeindevorsteher-Sitzung.

Zu der auf
Dienstag, den 2. Februar 1926, abends 8 Uhr,
im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, Hohen Neuendorfer Straße 3, andauernden Sitzung der Gemeindevorstellung, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschließen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeinde-Versammlung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gestellten Beschlüssen zu unterwerfen haben.
Tagesordnung:
1. Einführung des Schöffensvorstandes.
2. Beschlußfassung über Ermäßigung von Hundesteuer.
3. Kostenbewilligung.
4. Vorschläge für die Wahl von Mitgliedern zum Steuerzuschuß (für Reichsteuern).
5. Beschlußfassung über Regulierung der Fasanen-Allee.
6. Vorbesprechung beim Beschlußfassung über die Wasserreinigung.
7. Kenntnisnahmen und Beschlüsse.
Bergfelde, den 29. Januar 1926.
Der Gemeindevorsteher. Czechowski.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Der Jagdverteilungsplan für das Pachtjahr 1925/26 liegt vom 30. d. Mts. zur Einsicht der Mitwirkenden im Gemeindevorstand während der Dienststunden von 8-12 Uhr vormittags öffentlich 2 Wochen aus.
Einsprüche können nur während dieser Zeit angebracht werden.
Borgsdorf, den 29. Januar 1926.
Der Gemeindevorsteher als Jagdvorsteher. Seefeldt.

Was gibt es Neues?

- Die Akademie der Wissenschaften in Stockholm hat den Reichstanzler Dr. Luthar zum Mitglied gewählt.
- Der japanische Ministerpräsident Bicomte Kato ist gestorben.
- Das japanische Kabinett hat seinen Rücktritt erklärt.
- Der rumänische Ministerpräsident Bratianu hat einen Schlaganfall erlitten.
- Bei einem Wirbelsturm in der Gegend der Balahausen sind mehrere Schiffe gesunken und schätzungsweise 300 Personen ums Leben gekommen.

Sieg des Kabinetts Luthar.

Elf Stimmen Mehrheit.

Am Schluß der heutigen Reichstagsitzung wurde das von den Regierungsparteien eingebrachte Vertrauensvotum mit knapper Mehrheit angenommen. Damit erledigten sich die Mißtrauensanträge. Für das Vertrauensvotum wurden 160, dagegen 149 Stimmen abgegeben. 151 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Vor der Abstimmung teilte Reichsminister Dr. Stresemann noch mit, daß nach einer Mitteilung der Alliierten die Befehlsmächte noch keinerlei Beschluß über die Höhe der Befehlsmächte im Rheinland gefaßt hätten, eine derartige Entscheidung sei erst nach Inkrafttreten des Locarno-Vertrages zu erwarten. Die Räumung der Kölner Zone sei auf den 31. Januar, 12 Uhr mitternachts, festgesetzt.

Die Aussprache im Reichstag.

— Berlin, 27. Januar 1926.

In der heutigen Besprechung der Regierungserklärung liegen drei Mißtrauensanträge vor, von denen der deutsch-nationalen, der Volkischen und der Kommunisten. Der deutsch-nationale Antrag lautet: „Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.“ In den beiden anderen Anträgen fehlt der Hinweis auf Artikel 54. Die Volkischen haben außerdem noch einen Eventualantrag eingebracht, der dem Außenminister Dr. Stresemann das Mißtrauen auspricht.

Verbunden mit dem Mißtrauungsantrag der deutsch-nationalen Antrag über die Vorbereitungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wegen der Forderung der Volkischen, ihren Antrag auf Einstellung der Zahlungen aus dem Dawesplan mit zur Förderung zu stellen, wird von der linken Gruppe erhoben. Die allgemeine politische Aussprache wird durch

eine Erklärung des Abg. Lehrenbach (Str.)

eingeleitet, der im Namen der Regierungsparteien spricht. Er weist darauf hin, daß die in der jetzigen Reichsregierung zusammengeflohenen Parteien der Mitte sich der Größe der Verantwortung bewußt sind, die sie mit dem Eintritt in die Regierung übernommen haben. Der Redner sagt Unterführung der Richtlinien aus, die der Reichstanzler für die Außenpolitik und die Innenpolitik entwickelt hat, für eine Außenpolitik im Geiste der Zusammenarbeit mit den anderen Mächten, und für eine Innenpolitik der Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen über die Herabsetzung der Belastung in der zweiten und dritten Zone recht bald zum Ziele führen mögen. Wirtschaftlich sei Deutschland zu sein zur Leistung der ihm auferlegten Leistungen. Die Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte des Mittelstandes sei notwendig. In dieser Richtung sei die angeforderte Herabsetzung der Steuerlasten zu begrüßen. Der erste Schritt müsse hier bei der Umsatzsteuer getan werden. Die von der Regierung angeforderten Erleichterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik würden von den Regierungsparteien gern anerkannt werden. Der Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich in der Arbeit für das Reichsprogramm über den Kreis der Regierungsparteien hinaus alle staatsbelebenden Elemente zusammenfinden möchten. (Weißal in der Mitte.)

Die Forderungen der Sozialdemokraten.

Abg. Müller (Franken (Soz.) behauptet, daß auch die Erklärungen des Abg. Lehrenbach keine Antwort gegeben hätten auf die vielen Fragen, die die Rede des Reichstanzlers offengelassen habe. Wenn Dr. Luthar für seine Ministerregierung die Unterführung anderer Parteien wolle, dann hätte er ein genaueres Programm vorzulegen müssen. Das Reichsprogramm sei außerordentlich inhaltlos. Das Mißtrauen der Sozialdemokraten gegen Herrn Luthar sei durchaus gerechtfertigt. In der Außenpolitik sei Deutschland an die Vornachpolitik gebunden. Ein Zurück gebe es da nicht.

Der Kanzler hätte offen erklären müssen, daß der Eintritt in den Völkerbund keinen weiteren Ausschlag mehr verträglich sei und weniger, als schon wieder Kräfte am Werke seien, die auch in dieser Frage der deutschen Politik den Ruf der Zweideutigkeit verströmen. Seine Erklärung, so erklärte der Redner, hätte am Dienstag für die Besprechung des deutsch-nationalen Antrages genügt, weil Klarheit geschaffen werden müßte, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht an alle möglichen Bedingungen geknüpft werden dürfe. Der Redner sagt der Regierung Unterführung zu, wenn sie bereit sei, in der Außenpolitik entschlossen den Weg von Locarno fortzusetzen. Mit aller Schärfe behandelte Abg. Müller dann die Frage der Fühlensbindung und spricht unter dem Beifall der Linken und unter Widerspruch der Rechten von Erpresserakt und einem Mißverständnis der Fühlensbindung.

Der Redner fordert dann Zurückziehung des Schulgesetzentwurfes und schleunige Vollstreckung der Erwerbslose und Kurzarbeiter. Der Redner schließt mit der Erklärung, die neue Regierung könne vor dem In- und Ausland nur bestehen, wenn sie Farbe bekenne.

Die Ablehnung der Deutschnationalen.

Abg. Graf v. Helldorf (Dnat.) lehnt die Mißtrauenspolitik der Reichsregierung hinsichtlich des Völkerbundes ab. Die Deutschnationalen hätten einen Zweifel daran gefaßt, daß sie diese Völkerbundsfrage nicht mitmachen können. Die Regierung habe jetzt noch freie Hand und könne immer noch dem Völkerbund beitreten.

Zusätzlich müssen vor einem Eintritt in den Völkerbund bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Das gilt besonders von der Befehlsmächtefrage.
Alle Parteien sind darin einig, daß die bisherige Verminderung der Belastung absolut unzureichend ist. Klarheit müsse auch geschaffen werden über die Auslegung des Locarno-Vertrages. Im Gegensatz zu der richtigen deutschen Auslegung meint die Gegenseite noch immer, der Pakt bedeute den ewigen Eintracht Deutschlands auf Gleich- und Fortschritt.
Vor einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müsse die deutsche Auslegung anerkannt werden. Ferner müsse gefordert werden eine Neuregelung des Verfahrens bei Völkerbundsrevisionen, die Zurücknahme der Artikel 1 und 2 des Statuts und die Fortsetzung der Verhandlungen im Ausland. Garantien für den Schutz deutscher Minderheiten im Ausland, vollständige Beseitigung der Mißtrauensfrage, Aufhebung der im Vorkriegsrecht über Deutschland verhängten Beschränkungen.
Bei Annahme des deutsch-nationalen Antrages würde das Mißtrauen gegen die Regierung fortfallen.

Der Redner lehnt die Politik des Außenministers Dr. Stresemann ab. Es sei überhaupt bedenklich, wenn ein Parteivorstand zugleich Außenminister sei. Der Redner kritisiert dann die Zusammenziehung des Reichstages, das eine noch links eingestellte Parteiregierung sei. Der Redner fordert die Aufhebung des Republikverfassungsgesetzes und warnt vor einer parlamentarischen Kabinettsjustiz in der Frage der Fühlensbindung.

Eine Erklärung des Reichstanzlers.

Ganz unerwartet nimmt darauf sofort Reichstanzler Dr. Luthar das Wort. In großer Erregung erwidert er, es treffe durchaus zu, daß noch manche Fragen offen seien. Das liege eben an der schwierigen Situation der Regierung. Häre eine Mehrheit für die Regierung vorhanden, dann hätten viele Fragen schon programmatisch schlichtend werden können. Jetzt handle es sich einfach darum, ob der Reichstag dieser Regierung die Möglichkeit zu praktischer Arbeit geben wolle. Die Regierung der Mitte habe sich zusammengefunden, weil eine Mehrheitsregierung nicht zustande kam. Man habe behauptet, es sei keine Regierung der Mitte und sei auch keine neutrale Regierung. Sie solle die Regierung denn anders ansehen. Wenn die Sozialdemokraten Klarheit verlangten, so hätten sie doch selbst die beste Gelegenheit gehabt, diese Klarheit zu schaffen, indem sie eine Regierung der Großen Koalition ermöglichten. Nachdem eine Regierung nach rechts oder links unmöglich war, habe sich diese Notgemeinschaft der Mitte zusammengefunden.
Es sei unmöglich, daß die Regierung in dieser schweren Zeit etwa die Arbeit übernehme auf der Hinterterasse abgelehnter Mißtrauensvoten. Auf dieser Grundlage, so erklärte der Reichstanzler, wolle die Reichsregierung nicht arbeiten. Wir wollen, erklärte er weiter, keine Regierung, die gebildet ist, sondern eine Regierung, die vom Reichstage getragen wird. Nur auf dieser Grundlage werden wir die Arbeit übernehmen und durchführen. (Beifall i. d. Mitte.)

Der Kanzler erklärt weiter, daß er auf die Einzelfragen aus dem Zeitelauf des Grafen Weßlar jetzt nicht eingehen könne. (Beifall i. d. Mitte und links.) Selbstverständlich werde er die Richtlinien des Vertrages von Locarno einhalten. (Beifall i. d. Mitte und links.) Es müsse gelingen, die deutsche Stimme sobald als möglich in den Organen des Völkerbundes zur Geltung zu bringen. Auf Einzelfragen könne er jetzt nicht eingehen, so erklärte der Kanzler, weil sie noch im Fluß seien. Innenpolitisch werde Dr. Luthar dahin streben, wieder das Vertrauensverhältnis des Wählers zum Abgeordneten durch eine Wahlreform herzustellen. Ohne ein Vertrauensvotum könne die Regierung aber nicht arbeiten. (Beif. i. d. Mitte.)

Abg. H. e. e. r. t. (Dem.) erhält gleich zu Beginn seiner Ausführungen einen Ordnungsruf wegen beleidigender Äußerungen gegen die Regierung. Der Redner lehnt das Kabinett Luthar ab.

Abg. Dr. G. e. u. b. (Dem.) erklärt, der Streitpunkt in der wichtigsten Frage, nämlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, sei durch die nun einmal bestehende Zwangslage erledigt. Jetzt gelte es, entschlossen und neutral im Völkerbunde mitzuarbeiten. Es ist ein schmerzlicher Gedanke für uns Deutsche, daß gerade wir Volksgenossen an das Ausland haben abtreten müssen. Bei weiteren Forderungen für den Aufschub des Reichstages lassen wir uns nicht durch irgend welchen Värm führen. Weltwirtschaftskonferenz und Abrüstung sind die großen Probleme, die uns alsbald beschäftigen werden. Auch vom deutschen Standpunkt kann man nicht wünschen, daß die französische und polnische Währung dauernd kaputt geht.

Sachliche Opposition der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Abg. v. a. p. e. (Wirtsch. Vg.) erklärt, die Wirtschaftliche Vereinigung halte an ihrer sachlichen Opposition fest. Er kritisiert weiter die Preissteigerungspolitik der Regierung, die auf dem Rücken des Mittelstandes ausgetragen werde.
Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Sturmjener im Reichstag.

— Berlin, 28. Januar 1926.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Abg. v. B. e. l. l. (Str.) eine Erklärung ab, die sich gegen einzelne Wendungen in der Rede des Grafen Weßlar wendet. In der dann fortgesetzten Aussprache über die Regierungserklärung kam zunächst Abg. H. e. n. n. i. n. g. (Wirt.) zum Wort, der sich scharf gegen das Kabinett Luthar wandte und das politische Mißtrauen begründete. Es sei unerträglich, wenn nach dem Eintritt in den Völkerbund deutsche Truppen etwa unter französischen Oberbefehl kommen sollten, um Polen vor Anklage zu schützen. Der Redner fordert im Falle einer Entzweiung der Parteien auch die Entzweiung sämtlicher Dinstunden. Er richtet dann heftige Angriffe gegen die Regierung, die als Regierung der Erfüllungspolitik gestürzt werden müsse. Sie sei eine Regierung der Fensterstöße mit eigenen Worten.

Abg. Henning (Wirt.) von der Sitzung ausgeschlossen.
Bei den letzten Worten Hennings sprang der Reichstanzler Dr. Luthar in großer Erregung auf, tritt auf den Abg. Henning zu und ruft: Ich verbitte mich derartige Bemerkungen ganz energisch! — Im Laufe entsteht ungeduldige Aufregung. Der Abg. Henning will sich dann auf seinen Platz begeben. Auf dem Wege dahin umringen ihn zahlreiche Abgeordnete, die in großer Erregung sind. Minutentlang erhält der Ruf: Aus! Der Vizepräsident Dr. B. e. l. l. schafft nur mit Mühe Ruhe. Er erklärt dann, daß

der Abg. Penning sich einen so schweren Verstoß gegen die parlamentarischen Gebräuche habe zuschreiben kommen lassen, daß er ihn von der Sitzung ausschließe. Der Abg. Penning verläßt darauf den Saal.

Abg. v. Lindeneck-Wildau (Dnat.) sieht in der heutigen Krise die Krise des derzeitigen Regierungssystems, des Epitomes der parlamentarischen Demokratie in Deutschland überhaupt. Dieses Regierungssystem ist ja die hochgerühmte Frucht des Volkstums vom 9. November 1918. Aber man sollte inzwischen eingesehen haben, daß man Verfassungen nicht wie einen fertigen Anzug von der Stange kaufen kann. Wir müssen die Möglichkeit zur Rettung des deutschen Volkes durch Wiederherstellung einer festen Regierungsgewalt. Der Redner geht dann auf die Wirtschaftskrise ein und berührt dabei auch die Resolution unserer Wirtschaft durch die Damesabgaben. Auch wird sich der Meinung, so erklärt der Redner, daß wir eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben können auf dem Wege einer Verständigung mit unseren früheren Feinden. (Hört! hört! l. d. Mitte.) Aber wir wollen nicht allein die Lebensbedingungen aus dem Entschlafenen bezüglich der Rückwirkungen aus dem Locarno-Vertrag dürfen wir nicht unseren letzten Trumpf, den Eintritt in den Völkerbund, ohne fichtbare Gegenleistungen aus der Hand geben.

Abg. Koenen (Kom.) protestiert gegen den Ausschluß des Abg. Penning. Daraus werde die Disposition deminoriert. (Vizepräsident Dr. Sell.) Der Herr geht dann, als ob er sich beim Ausschluß Penning nicht um den Haufe oder von dem Reichskanzler habe beeinflussen lassen, er sei nur seinem Gewissen gefolgt. Koenen richtet dann heftige Angriffe gegen einzelne Minister und Parteiführer und wird zur Ordnung gerufen und mehrfach gerügt.

Abg. Dreiwitz (Wirtschaftl. Vereinig.) führt aus, der geistigen Aufforderung des Reichskanzlers in seiner temperamentvollen Rede würden wir vielleicht entsprechen können, wenn es das erste Kabinett Luther wäre. Die Aktion der Reichsregierung zur Preisfestsetzung ist nicht der Grund, ihr unsere Unterstützung zu versagen. Wir haben uns nur dagegen gewandt, daß man hin und wieder mit einem Ausnahmefalle gegen den gewöhnlichen Mittelstand vorgeht. Das deutsche Handwerk befindet sich heute in derselben Situation, wie die Sozialdemokratie zurzeit des Sozialistengesetzes.

Abg. Freitsch (Soz.) gab darauf eine Erklärung ab, wonach sich die Sozialdemokratie bei der Abstimmung über das von den Regierungsparteien eingebrachte Vertrauensvotum der Stimme enthalten werde.

Ministerpräsident Graf Kato 1.

Nichttritt des japanischen Kabinetts.
Der japanische Ministerpräsident Graf Kato ist nach kurzer Krankheit an einer Nierenerschumpfung gestorben. Das Kabinett hat aus diesem Anlaß seinen Nichttritt erklärt, und bei dem Fehlen einer überragenden Persönlichkeit, die das Erbe Katos antreten könnte, ist bei der Neubildung der Regierung mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen.

Kato wurde 1859 in der Owari-Provinz geboren. In die Familie Kato gelangte er erst durch Adoption. Seine politische Laufbahn begann er 1887 als Privatsekretär des damaligen Außenministers Grafen Duma. 1894-1899 war er Gesandter in London. 1900 bis 1901 übernahm er das Außenministerium. Später ging er wieder als Botschafter nach London und vertrete hier als eifriger Befürworter des englisch-japanischen Bündnisses. Er war dann noch mehrmals Außenminister, unter Satsuma und unter Duma. Mit dem Grafen Duma trat er 1915 zurück und übernahm erst 1924, nach dem Nichttritt des Kabinetts Kijura, wieder ein Amt, indem er als Führer der stärksten Oppositionspartei, der Kenseitai ein eigenes Kabinett bildete. Es bleibt abzuwarten, ob sich nach seinem Tode die Regierungskoalition wird zusammenfallen lassen. An Staatsmännlicher Bedeutung kommt ihm jedenfalls seiner bisheriger Mitarbeiter gleich. Angesichts der chinesischen Wirren, an denen Japan sehr stark interessiert ist, kann ein Systemwechsel in Japan weitreichende Folgen haben.

Die polnische Deutschensche.

Ein Dekret des Westmarkenvereins.
Der polnische Westmarkenverein veranstaltet in der Zeit vom 31. Januar bis zum 7. Februar eine Westmarkenwoche. Anlässlich dieser Veranstaltung verbleibt der Westmarkenverein einen Aufzug, in dem es heißt:

Volksgenossen! Das wiedergeborene polnische Staatsvolk muß von Anfang an mit den unerbtlich

Fürstin Laja

Roman von Erich Ebenstein.

Man hatte Rainer erst mit dem Abendzug erwartet, und das ganze Haus kam ein wenig außer Rand und Band, als er plötzlich da war. Felician von Doll, ein vierundachtzigjähriger Greis, ließ seine Patience liegen und eilte ihm, so rasch es ging, bis an die Treppe entgegen.

Tante Sephine — eigentlich war sie Rainers Großtante, denn sein Vater war ihr Neffe gewesen — begrüßte ihn mit aufrichtiger Herzlichkeit.

Sie war eine stattliche alte Dame, nahe an den achtzigern, mit lächelndem Gesicht und merkwürdig jungen Augen. Ein Spigenumhang, wie man ihn in ihrer Jugendzeit getragen, lag ihr um die Schultern, und auf dem sorgfältig frisurierten weißen Haar saß ein schwarzes Spigenhaubchen. Alles an ihr war nett, fauber und gleichsam getränkt von behaglicher Güte. Ihr haagerer Gatte mit der schlatterigen Gesehtenhaltung, dem kindlich gewundenen Blick und der besterren Stimme sah fast wie ihr Vater aus, obwohl er nur wenige Jahre älter war.

Das Haus, ein alter Bau, der mit viel Raumverschwendung gebaut war, machte einen hellen, freundlichen Eindruck. Es war angefüllt mit altmodischen Möbeln und allerlei Kramp aus vergangener Zeit. Nicht ein Stück war modern. An den Fenstern gab es sogar noch weiße Gardinen.

Aber das sahste so gut zu den zwei alten Leuten, daß niemand es anders hätte haben wollen. Wie hätte man sich zwischen diese alten Familienbilder, Hofkronleuchter, das Spinnet und den kunstvoll eingelegeten Beschemel auch moderne Industrieerzeugnisse gestellt denken können.

Tante Sephine ließ es sich nicht nehmen, Rainer zu Kaffee und Kuchen zu nötigen. Es half nichts, daß er versicherte, nicht hungrig zu sein, sie glaubte es einfach nicht.

Felician von Doll lebte wieder zu seiner Pa-

wutenden Feinden kämpfen. Die Hände der deutschen Jagdier langer nach den polnischen Ländern. Rommerellen und Oberhelfen sind Zeugen einer erbitterten und unermüdlichen Tätigkeit der Deutschen, die seine Mittel scheuen in ihrem Streben nach der Losreißung ihrer Länder. Unter der heuchlerischen Maske der Friedfertigkeit führt die deutsche Jagdier im Osten der Reichslandung durch und schafft an den Grenzen Polens gefährliche militärische Organisationen. Aber darauf beschränkt sie sich nicht. Ihr Einfluß reicht bis jenseits der Grenze ins Gebiet der bedrohten polnischen Länder. In Rommerellen und Oberhelfen breitet sich eine hinterlistige deutsche Agitation aus, die die einflussreichen wirtschaftlichen Schweregeleiten Polens ausnutzt, unter die dortige Bevölkerung Unruhe und Verwirrung sät und so den Boden für eine neue Ländervergabe vorbereitet. Es droht uns eine ernste Gefahr, die wir nicht unterschätzen dürfen.

Der Boß als Gärtner.

Ein Oberstaatsanwalt unter Anklage.

Vor dem Vereinigten Chemiever Schöffengericht begann der mit Spannung erwartete Prozeß gegen den Freiburger Oberstaatsanwalt Dr. Almus. Da sämtliche Freiburger Richter sich für befangen erklärten, mußte der Prozeß dem Chemiever Gericht überwiejen werden.

Seit 1. April 1922 ist Dr. Almus Oberstaatsanwalt in Freiburg. Seine Ernennung dazu erfolgte durch die damalige sozialdemokratische sächsische Regierung. Infolge der Erhebung der Anklage wurde er am 14. Januar 1923 beurlaubt. Die Anklage rührt sich auf Art. 346 des Strafgesetzbuches. Danach wird ein Amtsbeamter, der in der Abtötung, jemand der geleslichen Strafe zu entschehen, die Verfolgung einer itarabaren Handlung unterläßt, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Der Vorstehende verliest die einzelnen Fälle, in denen der Angeklagte kraft seines Amtes ein Einschreiten unterlassen hat. Zunächst wurde der Fall des sozialdemokratischen Redakteurs Schutte-Freiburg, der in einem Artikel die Reichswehr beleidigte, behandelt. Dr. Almus lehnte ein Einschreiten gegen den Redakteur ab und beschloß Einstellung des Verfahrens da der Redakteur Schutte erklärt hatte, daß er eine Beleidigung der Reichswehr nicht beabsichtigt habe. Schutte ist dann im November 1923 in einem neuen Verfahren zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Dr. Almus gibt hierauf folgende Erklärung: In diesem wie auch in den anderen Fällen habe ich nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Ich habe in meiner Stellung weder nach links noch nach rechts geschaut. Die Entscheidungen entsprechen meiner Ansicht und meinem Empfinden. Der zweite Fall betrifft den Glöckner Zimmermann in Freiburg, der am 1. Mai 1923 früh sechs Uhr, wie an einem Werktag, die Glocken läuten wollte, woran er von drei Leuten des Matkmittees gehindert wurde, worin Wötigung erblüht wird. Dr. Almus erklärt auch zu diesem Fall, daß sein Vorgehen korrekt war.

Der dritte Fall betrifft einen Fall in Lengfeld im Erzgebirge, wo etwa 30 Kommunisten die Galtwirtschaf Frau Hubold zwangen, die von ihr geperrte Lichtleitung wieder frei zu geben, worin Wötigung gesehen wird. Dr. Almus stellte auch in diesem Falle das Verfahren ein, da er den Fall der Wötigung nicht für gegeben hielt. Auf Veranlassung des Generalstaatsanwaltes wurde gegen eine Anzahl Kommunisten das Verfahren wegen Wötigung eingeleitet, und die Kommunisten wurden zu Geldstrafen verurteilt.

Reichslandbundtagung in Kassel.

Die Notlage der Landwirtschaft.
In Kassel begann am Donnerstag die 6. Tagung des Reichslandbundes, verbunden mit dem kurheissischen Landbundtag 1926 und mit dem 2. Reichslandbundtag. Wegen der außerordentlich großen Beteiligung, die zu erwarten war, da allein 10 000 christliche Anmeldungen vor Beginn der Tagung vorlagen, hatte man beschloffen, die Versammlungen in mehreren Sälen abzuhalten. Während im Festsaal der Stadthalle der 1. Vorsitzende des kurheissischen Landbundes, Schmidt-Windecken, die Begrüßungsworte sprach, eröffnete im Theateraal der Stadtpräsident der stellvertretende Vorsitzende, Bürgermeister Lind, M. d. R.,

tence zurück, und so blieb Rainer mit der Tante allein in Speisezimmer.

Sie war noch immer voll Freude. „So lange wartst du nicht bei uns, mein Junge! Fast ein Jahr. Und damals, gleich nach deiner Heimkehr von der großen Weltreise, nur einen Tag! Wie wird sich Vater freuen! Er ist draußen auf dem Felde, wo sie heute die Kartoffeln ernten. Du mußt wissen, er leidet jetzt die ganze Wirtschaft.“

„Als ich das letzte Mal hier war, wollte er doch nichts davon wissen. Damals war er nur Musiker.“

„Ja, und nachher Maler, Photograph und Chemiker. Immer alles mit Leidenschaft — du weißt ja, wie er ist! Doch kann er sich nicht entschließen, sich dauernd für einen Beruf zu entscheiden. Immer ist er unentschlossen. Auch jetzt. Ich bin zwar überzeugt, daß er am besten zum Wandviertel taugt, aber er will es nicht zugeben. — Doch erzähle jetzt von dir, Rainer. So vieles möchte ich wissen. Du weißt ja, mich interessiert alles.“

Sie wurde plötzlich verlegen, und auch Rainer empfand eine gewisse Befangenheit. Er wußte ja, woran sie in diesem Augenblick am meisten dachte. Und er war auch gekommen, um darüber mit ihr zu reden. Aber nun schien es ihm doch schwer. Er hatte die alte Frau sehr lieb, und eigentlich wollte er sie nun doch belügen.

„Ich soll dir auch Grüße bringen von Opa Dambach, Tante“, begann er endlich, ihr gerade ins Gesicht blickend.

Sofort veränderten sich ihre Züge, aber sie sagte nichts.

„Du hast sie sehr getränkt durch deinen Brief, liebe Tante!“

„Ich hielt es für meine Pflicht.“

„Und tatest ihr doch ganz und gar unrecht! Es ist ja wahr, wir verstehen viel miteinander. Aber wir sind doch Halbbrüder und Verwandte. Wie konnte du mir glauben — freilich irgend jemand wird ja lachhaft haben. So sind die Menschen nun einmal.“

die Versammlung. Beiden Ansprachen folgte nach mußfälligen Vorträgen die Begrüßung der erschienenen Gäste. Dann ergrieff im Theateraal Präsident Graf Kalkreuth, im Festsaal Präsident Hepp, M. d. R., d Wort zu ausführlichen Darlegungen über die heutige Lage der Landwirtschaft und die Forderungen, die d Reichslandbund in Anbetracht der landwirtschaftlichen Not erhebt. Graf Kalkreuth wandte sich insbesondere gegen die Zwangsversicherung und erklärte die Wieder einführung der freien Konkurrenz auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft für notwendig. Abg. Hepp forderte die Einlösung eines besonderen Sparmittels mit weitgehenden Rechten.

Der preussische Staatshaushalt.

— Berlin, 27. Januar 1926.

Dem Landtag lag heute der neue Haushalt für 1926 vor. Zu seiner Begründung führte Finanzminister Dr. Höpfer-Aichoff aus: Der Etat für 1926 schließt in Einnahmen und Ausgabe mit einer Gesamtsumme von 8 822 881 000 M ab. Wenn man die durchlaufenden Posten ausschließt, ergibt sich, daß sich die dauernden Ausgaben gegenüber dem Jahre 1925 um 72,9 Millionen vermindert, die einmaligen Ausgaben um zwei Millionen vermehrt haben. Eine gewisse Verbesserung gegenüber dem Haushaltsplan für 1925 ist nicht zu verkennen, doch reicht diese Verbesserung nicht aus. Es muß vielmehr aus der allgemeinen Finanzlage ein Betrag von 92 Millionen für den allgemeinen Finanzbedarf des Staates bereitgestellt werden. Es läßt sich nicht verkennen, daß auch der Haushaltsplan für 1926 noch immer eine viel zu hohe Steuerbelastung vorsieht.

Es wird daher Aufgabe der Staatsregierung und des Landtags sein müssen, durch weitere Ersparrismasnahmen den Bedarf des Staates einzuschränken. Solche Ersparrismasnahmen sind im großen Ausmaß nur möglich, wenn die Personalausgaben vermindert werden.

Schon in diesem Jahre ist die Zahl der Beamten gegenüber dem Vorjahre um 751 Köpfe vermindert worden. Eine waltungsreform herbeigeführt werden, zu der die Vorarbeiten mit allem Nachdruck begangen werden müssen.

Dem Beschlusse des Reichstages entsprechend wurde hierauf die allgemeine Aussprache zum Haushalt auf Donnerstag vertagt.

— Berlin, 28. Januar 1926.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen trat der Landtag heute in die Beratung des Haushaltes für 1926 ein. Abg. Baerentz (Soz.) äußerte einige Enttäuschungen über die Rede des Finanzministers. Zwischen dem Reichen las man sehr viel von Bezügen auf Kulturtrauben. Der Redner wandte sich weiter gegen die Fünftausendbindung und gegen das Sparen in der Finanzwirtschaft.

Abg. v. d. Hagen (Dnat.) erklärte sich mit dem Finanzminister darin einig, daß mit dem Sparen Ernst gemacht werden müsse. Dann vergleicht der Redner den Etat für 1926 mit dem von 1918. Der Etat für 1926 bringe an Verwaltungsunkosten und persönlichen Ausgaben 100 Prozent die Einführung der Dienstaltersgrenze (Sehr richtig! richtig). Dabei seien die Beamtengehälter feineswegs auszureichen. Die neue Landgemeindeförderung, wenn sie Geseß wird, wird ganz erhebliche Mehrausgaben bringen. Der Redner ging dann ausführlich auf die wirtschaftliche Lage ein. Eine Verbesserung der Finanzlage sei notwendig. Weiter wendet sich der Redner gegen die neuen Steuern, die der zweiten und dritten Reichsregierung auferlegt werden.

Abg. Schödlin (Dr.) wendet sich gegen die Steuerpolitik des Reiches. Die Steuererhöhung infolgeder Steuererhöhung. Das Reich möge beim Sparen mit autem Beispiele vorgehen. Weitere Behörden und Beamten könne das Volk nicht bezahlen. Eine Verwaltungsreform würde sich erst 1927 frühestens auswirken können und nur Ersparrnisse bringen, wenn entweder die Oberpräsidenten oder die Bezirksregierungen beteiligt würden.

Abg. Dr. Winter (Dnp.) dankte dem Finanzminister, daß es gelungen sei, die Ausgaben herabzusetzen und betonte, die Aufspaltung der Ausgabenforderung fördere die Wirtschaftlichkeit. Wenn Freizeiten vermindert werden könnten, würde sich der Staatereffizienz fände man an einem weiteren Personalabbau nicht vorbei, wenn man bedachte, daß allein für persönliche Ausgaben 75 Prozent des Gesamtbedarfs erforderlich sind.

Gegen 5 Uhr vertagt der Landtag die weitere Aussprache auf Freitag, 12 Uhr.

Die letzte Nummer

unserer Zeitung für Monat Januar liegt unsern Lesern hiermit vor. Wer die Forderung für Februar noch nicht erledigt hat, hole dies heute noch nach, sonst bleibt die nächste Nummer aus.

Er sprach noch viel von Freundschaft herum, Worte, die ihm selbst aber erschienen. Unter ihm unverwandelt auf ihn gerichteten Blick wurde es ihm immer unbehaglicher. Er verweirte sich und stockte.

Da nahm sie seine Hand und fragte sanft: „Was um spricht du nicht weiter, mein Junge? Oder hättest du vielleicht schon zu viel Worte gemacht in einer Sache, die — die du harmlos darstellen möchtest, ohne daß sie es wirklich ist?“

„Tante Sephine!“

„Ich frage dich nichts mehr, Rainer. Deine Augen können nicht lügen, wie gerne sie es jetzt auch möchten lassen wir diese Sache also ganz und gar ruhen.“

„Aber ich muß —“

„Du mußt gar nichts. Ich habe es gut gemeint mit euch, und ihr wollt nicht hören. Wegenshaft abzugeben habt ihr niemand als Gott und euch selbst.“

Ihr Don Klang auf einmal bitterer, und in Rainer klagte etwas wie Trost auf.

„Gut. Im Grunde hast du recht. Laja und ich sind wirklich keine Kinder mehr.“

Eine verlegene Pause trat ein. Nach einigen Minuten, die beiden wie eine Einzelheit erschienen, hatte die alte Baronin ihr gültiges Säbeln wiedergewunden.

„Rainer“, sagte sie freundlich, als wäre nichts vorgefallen, „ich hoffe, du bleibst diesmal recht lange bei uns. Du weißt ja gar nicht, wie lieb wir dich alle haben, und welch ein Sonnenschein dein Kommen für uns ist.“

Dabei streckte sie ihm mit mütterlicher Bärtlichkeit die Hand entgegen, die Rainer schweigend drückte.

Er atmete bestommen und stand auf. So dauerten unter dem guten ehelichen Blick dieser alten Frau, die ihm zeitweilen eine zweite Mutter gewesen, hielt er einfach nicht länger aus.

Er trat an das Fenster und bläute gestreut auf den gegenüberliegenden Wald.

(Fortsetzung folgt.)

Amtsbezirk Birkenwerder

• Aus der Schöffengerichtssitzung in Dramenburg. Wegen Verhaftung eines Glückspiels in Birkenwerder war der Arbeiter Albert Buchmann angeklagt. Er will als barmherziger Spaziergänger selbst zum Spiel verleitet worden sein. Da er aber wegen desselben Deliktes bereits vorbestraft war, hielt das Gericht an der Anklage wegen gewerksmäßigen Glückspiels fest und verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe evtl. weitere 10 Tage Gefängnis.

• Ein unerwarteter Lebens-Alarm unserer Freiwilligen Sanitätskolonne erfolgte am Mittwoch Abend 7 Uhr 40 Minuten durch den Kolonnenführer. Angenommen war ein schwerer Unfallgefall auf der Badstraße, bei dem mehrere Personen verletzt worden waren. Bereits wenige Minuten nach der durch Radfahrer erfolgten Alarmierung waren mehrere Sanitätsmitglieder mit Rettungsgerät und Verbandmaterial zur Stelle. Schnell folgten auch das Sanitätsauto sowie weitere Transportgeräte, so daß nach Ablauf einer Viertelstunde 20 hilfsbereite ausgebildete Mannschaften verfügbar waren. — Für den Ernstfall eine gute Vorbedeutung.

• Der Kirchenchor hält seine Generalversammlung morgen Sonnabend 8 Uhr im Pfarrsaal ab.

• Die Freie Turnerschaft begibt ihr Wintererholungsprogramm morgen Sonnabend im „Balschlösschen“. Mit dieser Veranstaltung wird gleichzeitig das erste Stiftungsfest der Fußballabteilung verbunden. Gäste sind willkommen.

• Die Verhinderung von Kindern zur Erholung nimmt bald wieder ihren Anfang. Die Vorbereitungen dafür werden schon jetzt getroffen. Anmeldungen für eine Kur in der Kinderheilstätte der Provinz Brandenburg in Kolberg werden beim Gem. Vorsteher entgegen genommen. Der Preis für eine sechsmonatige Kur beträgt hier 94,50 Mark außer Fahrgebl. Es kommen aber später auch andere Verhinderungen in Frage, so nach dem Erholungsheim des Kreises Niederbarnim in Schluff. Durch den Erholungsurlaub sind in der körperlichen Entwicklung schwächerer Kinder stets gute Erfolge zu verzeichnen gewesen. Es kann daher nur geraten werden, nur dem Anerkenten das übliche Gebrauchs zu machen, denn die Nachfrage nach freien Plätzen war in den Vorjahren stets sehr groß.

• Der neu gewählte Niederbarnimer Kreisrat tritt, wie bereits gemeldet, morgen Sonnabend zur ersten Sitzung zusammen. Er wird sich u. a. mit einem Antrag des Kreisassessors beschäftigt, das 840 Morgen große Rittergut Jerspende für 160 000 Mark anzukaufen. Die Erwerbung soll zu dem Zweck erfolgen, einen großen Teil der Einwohner von Jerspende, Landwirte und Arbeiter, die durch den Bau des Großschiffahrtskanals schwer geschädigt wurden, besser mit Viehfutter von den Wiesen des Rittergutes zu versorgen. Ein Teil des Rittergutes soll vom Staate zu Aufforstungen weiter erworben werden. — Ferner soll der Niederbarnimer Kreisrat eine Beweise bis zu 1,5 Millionen Mark für den Ausbau der Wasser- und Gasversorgung des Kreises bewilligen. Dazu gehört die Herstellung eines Wasserwerkes in Neuenhagen, eines neuen Grundbesitzes zwischen dem Kreisort in Gerner und Klein-Schönebeck von 9 Kilometer Länge, einer Gasdruckleitung von Pahlitz über Neuenhagen nach Alt-Lösberg und von Losdorf nach Petershagen, sowie von Ortsdorf nach Neuenhagen, Alt-Landsberg, Petershagen und Behning.

Amtsbezirk Hohen Neuendorf

• Eine außergewöhnliche Ehrung bereitet die Freiwillige Feuerwehr ihrem verdienten Brandmeister Westphal aus Anlaß seiner 35-jährigen Jubiläumstage. Ein Fackelzug, bestehend aus dem Trommler- und Pfeifersonnen der freien Sanitätskolonne, dem Bläserchor des Herrn Musik-Dr. Schulz, den Kameraden der Feuerwehr und der Sanitätskolonne sollte den Jubilär von Bahnhof ab und geleitete ihn nach seiner Wohnung, wo der Fackelzug den Schluß bildete.

• Die Wasserleitung des Bahnhofüberganges ist nach Beendigung der letzten Reparaturen wieder aufgenommen worden. In einigen Wochen wird die Arbeit hoffentlich beendet sein.

• Die hülfernde Bräute am Bahnhof, die während des Neubaus des Bahnhofs und der massiven Brücke als Nothilfe dient und späterhin ebenfalls für die Verfehr freigegeben wurde, geht nun ihrem Schicksal entgegen. Vor nicht allzulanger Zeit wurde diese für den Fuhrwerkverkehr gesperrt. Jetzt ist man damit beschäftigt, die Brücke abzubauen und am letzten Rest ihres Vorhandenseins verschwinden zu lassen.

• Einen Wiener Maskenball veranstaltet der Reichsische Frauenchor und der Arbeitergängerchor morgen Sonntag im Restaurant zur Klause, am Bahnhof. Der Uebertrag ist für die Wohlfahrtskommission bestimmt; ein großer Besuch wäre zu wünschen.

• In den Folgen einer Blinddarmerkrankung starb am Sonnabend der bekannte Tiefbauunternehmer Edward Eckert in Niederhagen, der uns Hohen Neuendorfern bestens bekannt ist. Bekanntlich führt seine Firma die Entwässerungsarbeiten hier aus. In dessen Mannesalter — er war erst 52 Jahre alt — ist er nach kurzer Krankheit der unerbittlichen Tod aus seinem Arbeitsort. Sein Unternehmen hat seinen Namen über die eigentlichen Grenzen hinaus verbreitet, hat ihm erheblichen guten Klang erworben. Seine menschlichen Vorzüge überragen vielleicht noch seine geschäftlichen. Der Herr Eckert, der wird nicht so leicht den großen stämmigen Mann vermissen, dessen Gespräch stets von goldenem Humor und froher Lebensbejahung, der aber auch der Ernst nicht fremd war, erfüllt war.

Aus dem Amtsbezirk Schönfließ.

• Amtsbeamten für Isere und Drückchen in Blumns Hof (Karl Grobe) und bei Herrn Stolner, Viktoriastraße 20.

• Vergeltung. Der Vaterländische Frauenverein von Roten Kreuz hielt am 18. d. Mts. in den Zerkaffen am Herbarsee seine Generalversammlung ab. — Als neues Mitglied wurde Frau Ebel, erhaltene der Vorstand des Jahresbericht für 1925. Darauf wird zur fälligen Ernennung des Vorstandes geschrieben. Es gingen aus ihr als gewählt hervor: Frau Böhm, 1. Vorsitzende, Frau Gumbert, 2. Vorsitzende, Frau Regen, 1. Schriftführerin, Frau Wagner, 2. Schriftführerin, Frau Regen, 1. Kassierin, Frau Wagner, 2. Kassierin und als Beisitzerin: Frau Krause, Frau Widde, Frau Wolter, sowie Herr Dr. Rosenhals als ärztlicher Berater. — Im Laufe des Sommers soll ein Krankenpflegekurs, möglichst in Gemeinschaft mit der Sanitätskolonne, abgehalten werden. — Zur Ergänzung des Krankenpflegematerials werden 50 Mk. bewilligt. — Für eine bedürftige Familie und einen Kranken werden Lebens- und Stärkemittel bewilligt. — Die Bestimmungen finden an jedem 2. Montag im Monat statt. — Es soll sich in Zukunft an den geschäftlichen Teil ein geselliges Beisammensein anschließen. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes ist zu entnehmen: Der Verein zählt a. St. 50 ordentliche und 3 außerordentliche Mitglieder. Im Jahre 1925 wurden außer einer Generalversammlung 10 Mitgliederversammlungen abgehalten. Ein Wohlthätigkeitstisch am 1. März brachte einen Reingewinn von 115 Mk. Die Gesamteinnahmen im Jahre 1925 betragen 815,39 Mk. An Ausgaben für Krankheits- und Wohlfahrtszwecke, Spenden für Hülfbedürftige usw. sind 611,42 Mk. entfallen, wobei ein Bestand von 203,97 Mk. vorhanden ist. Dem Kassierführer wurde die große Sorgfalt betont, mit der die Einkünfte der Vereine verwaltet werden. Der Verein hat in vielen Fällen vor Not helfen können und geht er auch ins neue Jahr mit dem Bestreben, seinem gemeinnützigen Zwecke gerecht zu werden. — L.

• Vergeltung. Die Freiwillige Feuerwehr hält ihre Generalversammlung morgen Sonnabend 8 Uhr im Lokal von Reinhardt, Dorfstraße, ab.

• Samml. Einen Maskenball veranstaltet der Lotterieverein „Gemütslichter“ am kommenden Sonntag im Lokale des Herrn Paul.

Berliner Nachrichten.

• Die U-Bahn wird gebaut. Die wichtigsten Dinge werden in der Berliner Stadtorbunden-Versammlung ohne lange Diskussion erledigt. Viel geredet wird gewöhnlich nur über wichtige Dinge oder wenn es sich um politische Meinungsverschiedenheiten handelt. Es war in dieser Beziehung charakteristisch, daß in der gestrigen Sitzung dem Bau der Schnellbahn-Strecke Hermannstraße—Kottbuser Tor—Dranienplatz—Köpenicker Straße ohne Debatte zugestimmt wurde. Dabei handelt es sich um den ersten Teil der U-Bahn, die von Neukölln nach dem Gesundbrunnen führen soll.

• Auf der Suche nach einem Juwelierhändler. In einem Hotel ersten Ranges in Berlin war ein junger Mann abgetrieben, der sich Edgar Kory nannte, äußerst elegant auftrat und einige kleine Kettenstücke bei sich trug. Kurz nach seiner Ankunft begab er sich in einen Juwelierladen, ließ sich dort eine Anzahl Ringe vorlegen und erkundete sichtlich einen im Werte von etwa 1200 Mark. Da er angeblich nicht genügend Geld bei sich hatte, ließ er sich den Ring ins Hotel schicken. Der Wirt mußte in dem Zimmer warten, während er im Nebenzimmer seiner Frau den Ring zeigen wollte. Aus diesem „Nebenzimmer“ kehrte er nicht mehr zurück. Die Kettenstücke waren leer. Daß in Berlin auf diesen alten Trick immer noch Geschäftsleute hereinfallen, ist unbegreiflich.

• Bewaffnete Wegelagerer überfielen auf der Fahrt von Berlin nach Wannsee ein Kleinstrochenauto. Umweil des Gasthauses „Mutter Moshon“ wurde der Führer von drei Männern angerufen und zum Halten gezwungen. Gleich darauf gingen die Banditen Revolver und gaben fünf Schüsse ab. Zwei von diesen trafen das Auto. Der Chauffeur fuhr mit voller Kraft nach der Behlendorfer Bezirksnache, um Hilfe herbeizuholen. Bei Wiedereintritt an der Unfallstelle waren die Räuber über alle Berge. Die angestellten Nachforschungen waren ohne Erfolg.

Aus der Mark.

• Wandlitz. Am Mittwoch verunglückte in der Nähe unseres Ortes das Auto des Rittergutsbesizers Kriewitz aus Annenwalde bei Tempin. Der Wagen, in dem außer dem Schoför der Gutsbesitzer und seine Frau saßen, war auf dem Wege von Berlin nach Tempin. An einer Straßenkreuzung bei Wandlitz stieß das Auto mit einem aus der Richtung Dramenburg kommenden Motorrad, das mit zwei Personen besetzt war, zusammen. Durch den Anprall wurde der Wagen gegen einen Baum geschleudert. Die Insassen stürzten auf die Straße. Frau Kriewitz blieb mit einem Schädelbruch bewußtlos liegen. Ihr Mann und der Schoför kamen mit leichten Verletzungen davon. Auch die beiden Motorradfahrer Wegener und Joseph aus Wandlitz wurden erheblich verletzt. Das Gepärr Kriewitz fand im Bernauer Krankenhaus Aufnahme.

• Velten. Ueber das Vermögen des Schuhmachereifers Willi Schramm in Velten i. M. Mittelstraße 11, am 20. Januar das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist der Kaufmann Alfred Geiseler in Spandau, Schönwalder Straße 19.

• Eichstädt. Raubüberfall. Am Sonnabend, den 16. Januar, wollte der Lehrer Karge aus Eichstädt vom Bahnhof Bielefeld zu Fuß nach Eichstädt. Nachdem er durch den Ort hindurchgegangen war und sich bereits 500 Meter hinter der Ortsgast auf der Gasse nach Eichstädt befand, sprangen plötzlich drei Männer aus dem Gassegehäusen und verfolgten den Lehrer. Dieser ahnte wohl, daß sie nichts Gutes im Schilde führten und floh vor ihnen. Beim Laufen verlor er sich jedoch den Fuß und hielt ihm die Arme fest, der dritte durchdrachte seine Rücken und raubte daraus die Barchart in Höhe von 20 Mk. Als ein Fuhrwerk die Gasse passierte in Richtung Bismarck, ließen die Räuber von dem Lehrer ab und flohen querfeldein.

• Olenitz. Die Vorbereitungen für die Leichenfeier sind soweit erledigt, daß sofort der Eintritt glühender Bitterung mit dem Bau begonnen werden kann. Damit wird der bisherige unmögliche Zustand endlich ein Ende gemacht werden.

• Annenwalde. Die vergaubezte Kuh. Ein Einwohner eines benachbarten Dorfes hatte eine Milchkuh gekauft. Nach landesüblicher Sitte durfte ein kleiner Einkaufstrunk nicht fehlen. Die Kuh wurde währenddessen vor dem Gehört an einen Leinwandmaß gebunden. Endlich brach der Käufer, nicht mehr ganz nüchtern, mit seiner Milchkuh auf und brachte sie am späten Abend in den düstlichen Stall. Am anderen Morgen sollte nur die Kuh gemolken werden. Dabei stellte die Hausfrau fest, daß die Kuh Milch nicht gab. Warten in einen Vollen vermandelt hatte.

• Bärwalde. Die Stadt Bärwalde in der Neumark wählte nach dem Tode des Urmarchen Schrank seine Tochter, die ihn schon früher öfter vertreten hat, zum Rathausmacher.

• Stargard i. Pom. Vor dem Schmutzgericht begann der Prozess gegen die polnische Räuberbande, die lang Zeit hindurch die Landstrassen Pomerns und des märkischen Kreises Solbin unsicher gemacht und mehrere Morde begangen hat. Angeklagt sind vier polnische Schmittler namens Spiel, Kocziol, Stoczglas und Grundis. Mit Ausnahme des Anfängers Spiel hat keiner von ihnen jemals eine Schule besucht, so daß sie kaum ihre Namen schreiben können. Spiel, Kocziol und Stoczglas sind mehrfach vorbestraft.

Aus aller Welt.

• Der Bühnenschriftsteller aus der Theaterkassette. In der letzten Generalversammlung des Verbandes deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnentomponisten wurde in einer längeren Debatte die Tantiemenfrage eingehend erörtert. Da die Theaterdirektoren ihren Verpflichtungen den Autoren gegenüber sehr wenig prompt nachkommen, wurde erwogen, ob es nicht ratsam sei, an die Kasse eines jeden Theaters einen Beamten zu setzen, der noch am gleichen Abend die Tantiemen für die Autoren einzuziehen hat.

• Die ausgeraute Gemeindefasse. Ein Einbrecher hat das Gemeindebureau in Gredelwitz bei Döhlau (Schlesien) heimgesucht. Der Täter hatte die Zeit genützt, wo der Gemeindevorsteher zum Zwecke der Entlastung von Steuern nicht anwesend war. Er war durch ein von ihm gewaltsam geöffnetes Fenster in die Amtsstube eingestiegen und hatte sich dort der Gemeindefasse, in der sich etwa 900 Mark befanden, bemächtigt. Auf dem gleichen Wege ist er dann mit seinem Raube entkommen.

• Die Räumung der nördlichen Rheinlandzone. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird in den nächsten Wochen das Lager in Schmaßheim bei Mors (Niederhein) geräumt werden. Das Gleide gilt für das Truppenlager in Hochemmerich. In der Stadt Mors wurde mit der Räumung der Wohnungen bereits begonnen. In Bonn sollen am 30. Januar.

3 Uhr nachmittags, die letzten Truppen die Stadt verlassen. Im 2 Uhr wird die Fahne eingezogen werden. Sollten jedoch Engländer und Belgier bis zum 30. Januar ihre Gebiete noch nicht völlig geräumt haben, so wird auch ein kleines französisches Kommando noch in Bonn verbleiben.

• Maskierte Eisenbahnräuber überfielen auf den an der Strecke Trier—Koblenz liegenden Station Köhren den Bahnhof. Sie löschten die Signallichter, loderten einen Teil des Personals auf die Schienen, übermächtig während dieser Zeit den Stationsvorsteher und raubten die Kasse. Dann machten die Banditen sich auf und davon. Von den Tätern fehlt jede Spur.

• Vier Stunden nach der Hochzeit freiwillig in den Tod. In Hamburg-Hohheide (Niederhein) hat sich die erst 22-jährige Braut eines Bergmannes am Hochzeitstage das Leben genommen. Nachdem gegen 11 Uhr die standesamtliche Trauung stattgefunden hatte, entfernte sich 4 Stunden später die junge Frau aus dem Kreise der Hochzeitsgäste und machte ihrem Leben dadurch ein Ende, daß sie sich mit einem Brotmesser einen Stich ins Herz beibrachte. Da irgend ein Beweggrund für diese traurige Tat nicht vorhanden ist, nimmt man an, daß die Unglückliche sich in einem Anfall von Schwermut beging.

• Der falsche Doktor. In Hamborn (Rheinland) hat ein Stadtorbunter sein Mandat, sowie seine sonstigen Ehrenämter niederlegen müssen, weil sich ergeben hat, daß er den Dokortitel, den er bisher führte, niemals erworben hat.

• Ein schweres Grubenunglück ereignete sich auf der Zeche Scholten bei Buer (Westfalen). Hier arbeiteten drei Knappen vor einem Dampfschlag, als plötzlich ein großer Stein aus dem Hangeren brach und die drei unter sich begrub. Einer von ihnen wurde völlig zerquetscht, während die beiden anderen mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

• Ein Nierenkrentier im Gewichte von 855 Pfund schlachtete ein Landwirt in Dungenfeld in Hannover. Das Tier war etwa 1½ Jahre alt und hätte es bei der vorhandenen Fresslust leicht auf 10 Zentner bringen können.

• Verkauftes Rentenmarksgeld. In Güterloh in Westfalen hatten zwei ältere Damen nach und nach 50 Rentenmarksgeld zu 10 Mark und einen zu 50 Mark gesammelt. Sie waren von dem Glauben bejezt, daß diese niemals entwertet werden können. Um 10 Schmerzlicher wurden sie eines Tages von der Nachricht betroffen, daß ihre Scheine zur Einlösung aufgerufen worden, inzwischen aber verfallen waren, so daß das sauer ersparte Geld für sie unwiederbringlich verloren war.

• Der verlorene Liebesbrief. Während der letzten Wochen wurden in der Umgegend von Marl (Westfalen) vielfach große Einbrüche verübt, ohne daß man die Täter zu fassen vermochte. Bei einem Einbruch, den die Bande nachts in einem Lebensmittelladen verübte, machte einer der Diebesgesellen Käse, durch den die Frau des Besitzers aufwachte, worauf sie um Hilfe rief. Dies veranlaßte die Diebstahls, kleinsten Restes zu nehmen. Einer von ihnen hatte das Buch, dabei einen an ihn gerichteten Liebesbrief zu verlieren. Auf Grund dieses Briefes konnte dann die ganze Diebesgesellschaft festgenommen werden.

• Eine Kirchenglocke zum Verkauf ausgeben. Der scheinbar nicht alltägliche Fall, daß eine Gemeinde eine Kirchenglocke verkaufen will, soll in der Gemeinde Ibersfeld (Anhalt) zur Tatsache werden. Man beabsichtigt dort, eine noch gut erhaltene Bronzeglocke 88 Zentimeter Durchmesser und 390 Kilogramm schwer für 1000 Mark zu verkaufen. Reflektanten werden aufgefordert, sich mit dem Gemeindevorstand in Ibersfeld in Verbindung zu setzen.

• Der Vater niedergestreckt. Ein Landwirt in Westerbis (Kreis Delitzsch, Provinz Sachsen) kam in angetrunkenem Zustande nach Hause und geriet mit seiner Ehefrau in Streit. Die tätlich angegriffene Frau rief um Hilfe, worauf der Sohn herbeieilte, und in seiner Bedrängnis den Vater durch zwei Schüsse tötete. Der Sohn wurde von der Gendarmerie in Haft genommen.

• Der Juwelendieb als Geschäftsinhaber. Für 1 Million Mark Juwelen hat die Wiener Polizei bei einem Maschinenhändler Morawski, der vor einigen Wochen in der österreichischen Hauptstadt ein Goldwarengeschäft eröffnete, vorgefunden und beschlagnahmt. Morawski ist ein alter Verbrecher, der im Jahre 1920 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, aber entbrenng. Wo Morawski die Juwelen gekauft hat, vermag er nicht anzugeben, er will sie von unbekannten Männern erstanden haben. Man nimmt an, daß die Juwelen aus den vertriebenen Einbrüchen herfürren und der Gauner das Geschäft lediglich eröffnet hat, um seine Beute an den Mann zu bringen.

• Ein ungewöhnlich starkes Nordlicht war vor einigen Tagen über dem ganzen südlichen Skandinavien zu beobachten. Der Himmel war blutrot gefärbt. Im ganzen Lande fragte man herum, wo das Feuer wüthete. Die Ursache dieser Naturerscheinung liegt in den Sonnenflecken zu suchen, die in letzter Zeit besonders stark hervorgetreten sind.

• Eigenartige Raube suchte ein eifersüchtiger junger Mann in Paris an seiner Freundin zu nehmen, mit der er in Streit geraten war. Er versuchte auf offener Straße ihr mit einem Messer die Raie abzuschneiden. Auf seine Hilferufe konnte das Mädchen aus den Händen des lebenswichtigen Freundes befreit werden, noch ehe er seine Wüthung zur Ausführung zu bringen vermochte.

• Die Wolfslage in Jugoslawien nimmt von Tag zu Tag schlimmere Formen an. So sind in der Gegend von Santa Croce vier Wölfe in einen fahrenden Kraftwagen geprügelt, dessen Insassen ihr Leben nur durch Revolvergeschüsse und Messertische zu retten vermochten. An der dalmatinischen Grenze wurde ein Dorf von einer ganzen Herde dieser Bestien überfallen. Die Bewohner flüchteten in ihre Häuser, verschänkten sich dort und eröffneten ein regelrechtes Feuer auf die hungrigen Wölfe. Ein Bauer, der einer dieser Bestien in die Klauen fiel, wurde übel zugerichtet.

• Ein Wirbelsturm, der schweren Schaden anrichtete, hat Bestauftraiden und Neusüdwales heimgesucht. Die Häuser wurden förmlich zusammengebrochen. Von einem großen Hotel wurde das Dach abgedeckt und 300 Fuß weit fortgetragen. 200 Berflüßgerbaren sind in die Tiefe verurteilt.

